

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

104. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. Juni 2003, 10:00 Uhr,  
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Ursula Kähler (SPD)

Maren Kruse (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

in Vertretung von Holger Astrup

**Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

**Fehlende Abgeordnete**

Hans-Jörn Arp (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Unterausschusses des Finanzausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes gemäß § 10 Abs. 2 GeschO</b>	<b>4</b>
<b>2. Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels</b>	<b>5</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2562	
hier: Frage 4 b (Gelder für Opfer des Frauen- und Mädchenhandels)	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1299	
<b>3. Sperrvermerk bei Titel 0412-811 02 - Machbarkeitsstudie zur Planung eines Schleppers</b>	<b>7</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/3408	
<b>4. Information/Kennntnisnahme</b>	<b>10</b>
<b>5. Verschiedenes</b>	<b>11</b>

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:02 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Beratung des CDU-Gesetzentwurfes zur Änderung des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes wird auf Wunsch der SPD-Fraktion, die noch Beratungsbedarf signalisiert, von der Tagesordnung abgesetzt und auf die Sitzung am 12. Juni 2003 verschoben. Ebenfalls abgesetzt wird die Beratung des CDU-Antrages, Sonderzuwendungen für Beamtinnen und Beamte, Drucksache 15/2644, da zunächst das Ergebnis der vom Innen- und Rechtsausschuss geplanten Anhörung abgewartet werden soll. Der Ausschuss spricht die Bitte an den Innen- und Rechtsausschuss aus, rechtzeitig über den Anhörtermin informiert zu werden, um eventuell an dieser Anhörung teilnehmen zu können. Die Tagesordnung wird sodann in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Unterausschusses des Finanzausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes gemäß § 10 Abs. 2 GeschO**

In Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der FDP wählt der Ausschuss als

**Mitglieder des Unterausschusses:**

Ursula Kähler, Vorsitzende  
Günter Neugebauer  
Rainer Wiegard, stellv. Vorsitzender  
Dr. Heiner Garg  
Monika Heinold  
Anke Spoorendonk

**persönliche Stellvertreter:**

Wolfgang Fuß  
Hans-Jörn Arp  
Wolfgang Kubicki  
Karl-Martin Hentschel  
Lars Harms

vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung durch die Fraktion der FDP. Diese nachträgliche Zustimmung soll vom Vertreter der FDP-Fraktion der Vorsitzenden signalisiert werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/2562

hier: Frage 4 b (Gelder für Opfer des Frauen- und Mädchenhandels)

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1299

(Behandlung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts des Ausschusses gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV i.V.m. § 14 Abs. 1 Satz 2 GeschO; siehe 102. Finanzausschusssitzung am 24. April 2003)

hierzu: Umdruck 15/3415

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, erinnert an die während der Plenardebatte von allen Fraktionen gemachte Feststellung, dass zwar die gesetzlichen Vorgaben im Grunde als positiv zu werten seien, dass aber die Zuweisung der Mittel an die Opfer noch nicht befriedige. Dies sei für den Finanzausschuss mit ein Grund dafür gewesen, im Rahmen des Selbstbefassungsrechts die Thematik im Ausschuss zu erörtern.

St Diederich macht auf die Bemühungen insbesondere der Strafverfolgungsbehörden aufmerksam, dieser Thematik gerecht zu werden. Leider müsse man aber feststellen, dass man bei der Gewinnabschöpfung generell - also nicht nur bei der organisierten Kriminalität - nicht davon ausgehen könne, konstante Einnahmen zu erzielen, als dass man diese in irgendeiner Form im Vorhinein für bestimmte Ausgaben ansetzen könnte. Fahndungserfolge wie derjenige, der vor einiger Zeit einmal fast eine halbe Million Euro Einnahmen erbracht habe, blieben die Ausnahme und bildeten nicht den Alltag ab.

Ihr Ministerium plädiere bei allen Wünschen, die in den Haushaltsberatungen bei der Förderung der Opferverbände, die sich insbesondere für die Mädchen und Frauen einsetzten, vorhanden seien, für die Beibehaltung der jetzt gehandhabten Regelung. Denn man glaube nicht, dass man mit einer quotenmäßigen Titeluweisung mehr tun könne als das, was heute durch die vorhandenen Fördertitel machbar sei, zumal ihr Haus einen bisher überschaubaren Förderkatalog zu bedienen habe, dessen Dimension in den Haushaltsberatungen stets abgreifbar gewesen sei.

AL Rohs verweist darauf, dass aus dem Einnahmetitel „Einnahmen aus Vermögensabschöpfung“ in Kapitel 0902 mehrere Stellen beim Polizeibereich und bei der Staatsanwaltschaft eingerichtet worden seien. Die Gelder seien also nicht nur in den Landeshaushalt generell geflossen, sondern dienten durchaus auch der Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels.

Abg. Wiegard hält mit Hinweis auf den von seiner Fraktion eingebrachten Antrag fest, dass dem dort ausgesprochenen Petitum Rechnung getragen werde, „in angemessenem Umfang den Opfern aus diesen Geldern angemessene Mittel zur Verfügung zu stellen“. Er sehe insofern dem Petitum dieses Antrags Genüge getan.

Abg. Heinold bittet für die Haushaltsberatungen um Angaben, welche Ausgaben aus den Einnahmeposten außerhalb der Mittelzuweisung für die Opfer getätigt werden. Ferner regt sie an, darüber nachzudenken, ob eventuell ein bestimmter Sockelbetrag für diese Ausgaben festgelegt werden sollte und die überschießenden Einnahmen den Opfern zur Verfügung gestellt werden könnten.

VP Qualen warnt vor einer Abkehr vom Prinzip der Gesamtdeckung im Haushalt.

Abg. Neugebauer bittet, vonseiten des Finanzministeriums zu den Haushaltsberatungen Vorschläge für die haushaltstechnische Umsetzung der einzelnen Überlegungen zu erhalten. Dieser Bitte stimmen die Ausschussmitglieder zu.

St Diederich sagt die von Abg. Monika Heinold gewünschte Aufstellung zu. Diese werde sichtbar machen, wohin die Gelder flössen. Im Übrigen wolle sie wiederholen, dass das Einmalige der in Schleswig-Holstein arbeitenden Finanzermittlungsgruppe, die dafür zuständig sei, die Gewinnabschöpfung zu regeln, darin bestehe, dass Staatsanwälte, Rechtspfleger und Polizei zusammenwirkten und ihr Know-how in dieser Gruppe zusammenfließe. In der Ausführung bestünden damit keinerlei Defizite. Allerdings gebe es in Schleswig-Holstein, wie gesagt, nicht unbedingt die kriminelle Gruppe, von der größere Vermögenswerte abgeschöpft werden könnten. Und deshalb halte es ihr Haus - wie bereits betont - für wichtig, bei den Opferverbänden keine zu hohen Erwartungen zu wecken, die dann nicht erfüllt werden könnten. Diese Aussage tangiere allerdings keineswegs den Willen der Regierung, den Opfern so gut wie möglich zu helfen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Sperrvermerk bei Titel 0412-811 02 - Machbarkeitsstudie zur Planung eines Schleppers**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 15/3408

Abg. Wiegard wünscht weiter gehende Informationen über die Ergebnisse des im Umdruck 15/3408 zitierten Schiffsbetriebsgutachtens und über mögliche Kostenersparnisse.

Abg. Fuß schließt sich diesem Petitum an und regt an, darüber nachzudenken, ob das Mieten oder Leasen eines solchen Schiffes nicht günstiger sein könnte.

Abg. Heinold zeigt sich von der Notwendigkeit eines solchen Schiffes überzeugt und bittet um baldige Entscheidung.

AL Börner legt dar, dass an den Untersuchungen zum Regiebetrieb und insbesondere auch bei der Begutachtung des Schiffsbetriebes als Subunternehmer auch Vertreter von Reedereien beteiligt gewesen seien, die zum Teil Schleppschiffe in größerem Umfange betrieben. Diese Reeder hätten entsprechende Markterkundungen durchgeführt und festgestellt, dass Schiffe mit geringem Tiefgang, wie er bei den Arbeiten im Wattenmeer notwendig sei, zurzeit nicht existierten. Damit entfalle die Möglichkeit des Charterns eines solchen Schiffs, solange nicht ein solches Schiff von einem Charterer gebaut werde. Beim Bau eines solchen Schiffes würden die Charterer aber voraussichtlich die Übernahme entsprechender Kostenanteile vom Land fordern. Gleichwohl werde man aber die Anregungen des Abg. Fuß gern noch einmal in die Überlegungen mit einbeziehen.

Eingehend auf die Ausführungen von Abg. Wiegard erinnert AL Börner an eine vor kurzem erfolgte Beratung im Finanzausschuss über die Freigabe von Personalmitteln, die ebenfalls gesperrt gewesen seien. Dazu habe es damals sehr umfangreiche Unterlagen gegeben, die auch die Grundlage für die Entscheidung, ein neues Schiff zu bauen, näher aufgezeigt hätten. In diesen Unterlagen sei auch das Gesamtkonzept für die Reform des Regiebetriebes dargestellt worden. Ein Element davon sei unter anderem die Umstellung des Schiffsbetriebes gewesen.

Im Weiteren legt AL Börner dar, dass sich die Einbindung der anderen Bundesländer insbesondere über die Mittel aus der Ölschadensbekämpfung vollziehe. Es handele sich um eine 50-prozentige Mitfinanzierung von Bund und Ländern. Insofern benötige man eine schnelle Entscheidung, weil dieses Votum in die Budget-Planung für die Ölschadensbekämpfung einfließen werde. Ansonsten ergebe sich aus den spezifischen Erfahrungen eines Regiebetriebs für ein solches Schiff zunächst immer eine Vollauslastung. Deshalb müsse die Frage, ob mit dem Schiff auch in Niedersachsen im täglichen Betrieb gearbeitet werden könne, im Grunde verneint werden.

Die Vorsitzende interessiert sich für einen Vergleich dahin, welche Kosten bei der Stilllegung einzelner Schiffe wegfielen und stattdessen für den Betrieb des neuen Schiffes eingesetzt werden könnten.

AL Börner spricht von sechs stillzulegenden Schiffen. Daraus ergäben sich die im Antrag genannten Einsparungen in der Größenordnung von 1,4 Millionen €. Dabei sei dann auch zu berücksichtigen, dass die gesamte vorhandene Flotte deutlich überaltert sei und in den nächsten Jahren erhebliche Reparaturkosten zu erwarten seien.

Nach weiterer kurzer Diskussion über mögliche Synergieeffekte unter anderem durch eine gemeinsame Nutzung auch durch die Wasserschutzpolizei, die von AL Börner höchstens im Wege der Amtshilfe gesehen wird, folgt der Ausschuss dem Vorschlag des Abg. Neugebauer, zunächst ein Votum des Agrarausschusses als dem Fachausschuss einzuholen, bei dem die Frage geklärt werden sollte, ob das vorgesehene Konzept im Sinne von Synergieeffekten hilfreich sei oder eventuell noch Änderungen vorgenommen werden müssten und ob die Durchführung der Maßnahme sinnvoll erscheine.

AL Börner zeigt eine inzwischen eingebrachte Änderungsüberlegung gegenüber der Ursprungskonzeption auf. Zunächst habe man nur eine Schlepper-Barken-Kombination vorgesehen. Es habe sich dann aber als eine Alternative die Konstruktion eines so genannten selbstfahrenden Pontons angeboten, wie er zurzeit auf der Elbe zum Transport größerer Teile des Airbus eingesezt werde. Diese beiden Systeme wolle man nun im Zuge der Begutachtung alternativ prüfen, denn die Entscheidung habe erhebliche Auswirkungen auf den Kostenfaktor. Man müsse aber bei der Konstruktion von Schiffen immer aufpassen, so warnt AL Börner, nicht zu viel sich widerstreitende Funktionen einbauen zu wollen. Denn im Ergebnis würde dann ein technisch hochgerüstetes Gerät entstehen, das für die einzelnen Aufgaben nicht mehr ausreichend gerüstet sei. Das müsse insbesondere bei dem in Rede stehenden Investitionsvolumen berücksichtigt werden, um nicht in die falsche Richtung zu investieren.



Der Ausschuss einigt sich darauf, in einer zusätzlichen Sitzung am 20. Juni 2003 um 9 Uhr die Vorlage abschließend zu beraten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

Zu Umdruck 15/3365 - GMSH - mahnt die Vorsitzende eine Minimierung der Abstimmungsprozesse zwischen den einzelnen Ministerien an. Der Umdruck wird nach kurzer Diskussion einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Umdruck 15/3366 - Haushaltsrechnung 2001 - wird zur weiteren Behandlung an die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ des Finanzausschusses überwiesen und im Finanzausschuss zur Kenntnis genommen.

Der Umdruck 15/3367 - Haushaltsreste - wird nach kurzer Diskussion ebenfalls einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Umdruck 15/3386 - Haushaltsrechnung 2002 - wird ohne Diskussion einstimmig zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Die Terminvorschläge in Umdruck 15/3450 werden einstimmig gebilligt. Vorbehaltlich von Änderungswünschen, die bis zum 12. Juni 2003 eingebracht werden müssen, wird der als Tischvorlage verteilte Entwurf eines Terminplanes für die Beratungen des Doppelhaushaltes 2004/2005 (Umdruck 15/3489) im Finanzausschuss gemeinsam mit den zuständigen Fachausschüssen ebenfalls gebilligt. Es muss von ganztägigen Beratungen ausgegangen werden, da sich an jede dieser Sitzungen eine Sitzung der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ des Finanzausschusses anschließen soll.

Die für den 12. Juni 2003 im Sitzungssaal des Landesrechnungshofs geplante Sitzung der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ wird auf Wunsch der FDP-Fraktion auf Donnerstag, den 21. August 2003, verschoben.

In der Finanzausschusssitzung am 21. August 2003 soll unter anderem auch der Sonderbericht des Landesrechnungshofs „Reformvorhaben der Landesregierung, Bilanz der Modernisierung“ beraten werden (siehe Schreiben des Landesrechnungshofs vom 28. Mai 2003 an den Finanzausschuss).

Zu dem unter dem 26. Mai 2003 eingegangenen Schreiben des Europaausschusses über eine zeitnahe Information über Bundesratsangelegenheiten kommt der Ausschuss zu der einmütigen Auffassung, dass es dem Europaausschuss unbelassen bleibt, im Rahmen des Selbstbefassungsrechts alle wichtig erscheinenden Beratungsgegenstände zu behandeln. Gleichwohl legt der Finanzausschuss Wert darauf, die fachliche Zuständigkeit nicht aus der Hand zu geben.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 11:02 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

i. V. gez. Dr. Ursula Haaß

Geschäfts- und Protokollführerin